

Ablehnung eines Gewerkschaftsinserats im Zürcher Tages-Anzeiger.

Turbulenzen um den Arbeitsfrieden

Im Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) heisst es beispielsweise in Artikel 102: „Die Arbeitnehmer sind für das ihnen anvertraute Material verantwortlich. Sie haben die ihnen zur Ausführung überwiesenen Arbeiten auszuführen und sich die Verschwiegenheit über alle im Betriebe vorkommenden Arbeiten und die ihnen zur Kenntnis gelangenden Manuskripte zur Berufsehre zu machen.“ Ins Deutsche übersetzt heisst das nichts anderes, als dass jeder Hafenkäs, den SetzerInnen setzen, KorrektorInnen korrigieren und DruckerInnen in die Walzen schieben müssen, vertraglich zu ihrer eigenen Berufsehre wird – und rechnet man sich aus, in welchem durchschnittlichen Verhältnis in der Schweiz das Berufsleben ein Menschenleben beansprucht, so bedeutet dies, dass mehr als die Hälfte der ganzen bei den Druckereiangestellten vorhandenen Ehre sich unter das Diktat jeden Hafenkäses stellen muss. Auch wenn er sich direkt gegen ihre Interessen wendet und ihre Ehre verletzt.

Dass diese GAV-Regeln eingehalten werden, dafür sorgt die Ausstrahlung der sozialpartnerschaftlich vereinbarten Friedenspflicht, im speziellen das heute 50jährige Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie und ganz allgemein der hierzulande innerhalb von Jahrzehnten in Fleisch und Blut übergegangene legendäre Arbeitsfrieden.

Solche Zustände sind unhaltbar, fanden einige GDP-Leute der Sektion Zürich, die sich zur Gewerkschaftslinken zählen; sie lancierten kürzlich im Tages-Anzeiger zusammen mit den Zürcher Sektionen der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) und der Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier (GTCP) ein ganzseitiges Inserat unter dem Titel „50 Jahre Arbeitsfrieden sind genug!“.

Der Ansatz war nicht schlecht, für gewerkschaftliche Verhältnisse gar revolutionär, denn die inhaltlichen Forderungen lassen sich sehen. Immerhin ist von „kämpfen“ und „kampflos“, von „Fremdenfeindlichkeit“ und „ökologischen Zielsetzungen“, von „Ausbeutung der Dritten Welt“ und „Profitdenken“ die Rede. Über die Reihenfolge lässt sich streiten. Jedenfalls sind diese Postulate derart ernst zu nehmen, dass sie der Unternehmerseite Unbehagen bereiteten: Der Tages-Anzeiger, der das südafrikanische Verkehrsbüro ganzseitig für eine heile Apartheid-Welt werben lässt, lehnte das Inserat konsequenterweise ab und exponierte sich – trotz allen sonstigen Anstrengungen für Ausgewogenheit - für einmal (oder einmal mehr) als kapitalistische Avantgarde. Die Begründung: „Der Verlag behält sich vor, politische Inserate abzulehnen, von denen befürchtet werden muss, dass sie einen Konflikt in der Öffentlichkeit eher bloss anheizen, statt ihn durch Information und Argumentation einer vernünftigen Lösung näherzubringen.“

Dies hob die InitiantInnen beinahe aus den Schuhen: Ärger auf der einen, erwünschte Turbulenzen auf der anderen Seite. Die Inseratsverweigerung wurde innerhalb der Gewerkschaften von einem Tag auf den anderen zur nationalen Frage. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), der erst durch die TA-Affäre von den aufmüpfigen Bestrebungen der Zürcher Sektionen erfuhr, geriet an einer mehrstündigen Sitzung in seiner Berner Zentrale in Rage, 18 von 20 Köpfen im Vorstand verurteilten im Gegensatz zu Fredi Aeberli (GDP) und Hans Schächli (GTCP) die Inserateaktion aufs schärfste, einer (Max Engel, Lithographenbund) kochte gar über und verlangte rundweg den sofortigen Ausschluss involvierter Mitglieder. Der Verband der Metaller (SMUV), der diesen Freitag im Zürcher Kongresshaus mit dem Unternehmerverband auf das 50-Jahre-Friedensjahr anstossen wird, fühlte wieder einmal seine jahrzehntelange, vor allem für die Unternehmerseite erfolgreiche Gewerkschaftspolitik zutiefst verunglimpft, derweil die Gewerkschaftslinken beachtliche Kräfte für die Sache des Inserates sammelten. Weitere Zürcher Sektionen schlossen sich ihrer Aktion an, so die VPOD-Lehrer und – Sozialen Institutionen. Doch ausgerechnet die Sektion der Journalisten fand die neuen Forderungen „zu wenig differenziert“ (SJU-Vorstand) und zeigte in einer Sache, die ihre Branche unmittelbar berührt, ihr wahres Gesicht.

Bei den welschen Gewerkschaften hingegen, die sich im Frühjahr mit „Protestaktionen während der Arbeitszeit“ (gemilderte Form von Streiks) und der Kundgebung vom 2. Juli während der Jahresversammlung des Baumeisterverbandes in Lausanne profilierten, fand die Ende-Arbeitsfrieden-Aktion spontane Unterstützung, beispielsweise beim Gewerkschaftsbund des Kantons Genf und dessen Mitgliedern VPOD und GDP. Und zu guter Letzt stiess das Zentralkomitee der GBH (seit Anfang Jahr die grösste schweizerische Gewerkschaft) dazu.

In der Frage Arbeitsfrieden oder Arbeitskampf hat die Inserateablehnung des Tages-Anzeigers genau das Gegenteil von dem bewirkt, was der Medienkonzern wollte: die Verbreiterung der Plattform für einen aktiven Arbeitskampf. Wie weit diese sich innerhalb der Gewerkschaften noch ausdehnt, wird sich demnächst am

nationalen Kongress der Bau- und Holzarbeiter vom 23. bis 26. September in Davos zeigen, wo welsche Anträge für die generelle Abschaffung der Friedenspflicht anstehen.

An eine neue Ära im schweizerischen Arbeitskampf will – trotz einigen Ansätzen dazu – allerdings noch niemand recht glauben. Und auch ausserhalb der Gewerkschaften gibt es in dieser Sache bestimmt noch einiges zu tun, denn das Inserat der Zürcher Gewerkschaften übertrifft das einzige mir bisher in die Finger geratene Flugblatt der Jobber und Jobberinnen für den „Klassenkampf gegen Arbeitsfrieden“ auf der Strasse (Aufruf zur Zürcher Demo gestern Donnerstag) in seiner Klarheit, was jedoch die bisherigen Erfolge der nicht-gewerkschaftlichen Bewegung gegen den Arbeitsfrieden keineswegs schmälert. Denn gerade ihr ist es ausgehend vom Zürcher 2. Mai offensichtlich gelungen, bei der Gewerkschaftslinken in dieser Sache einzufeuern und letztlich den heutigen Bruch (mit)voranzutreiben.

Erich Schmid.

WOZ. Donnerstag, 1987-09-04,
WOZ > Friedensabkommen. Tages-Anzeiger. 1987-09-04.doc.